

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)**Mögliche Asbest-Kontamination von Einsatzkräften durch Großbrand in den Bremer Industriehäfen**

Am 28. April 2020 kam es zu einem Großbrand von Lagerhallen in den Bremer Industriehäfen an der Louis-Krages-Straße. Durch den Brand entstand eine circa 200 Meter hohe Rauchsäule/Rauchwolke die bis weit über das Bremer Stadtgebiet hinaus sichtbar war.

Durch diesen Brand wurde, wie später festgestellt wurde, krebserregender Asbest freigesetzt. Der Chef der Bremer-Feuerwehr, Herr Karl-Heinz Knor, räumt inzwischen Fehler bei der Bekämpfung des Brandes ein. Die vor Ort über mehrere Tage eingesetzten Einsatzkräfte der Feuerwehr und Polizei waren einer nicht zu unterschätzenden Gesundheitsgefährdung aufgrund von Asbest-Partikeln ausgesetzt.

Herr Knor gab gegenüber dem „Weser-Kurier“ vom 25. Mai 2020 an:

„Im Einvernehmen mit der Gewerbeaufsicht können wir sagen, dass die gesundheitliche Gefährdung eher als gering einzustufen ist – sowohl während der eigentlichen Brandphase, der Nachlöschphase und auch durch die leider stattgefundene Verschleppung.“

Also ist nicht auszuschließen, dass Einsatzkräfte der Feuerwehr und Polizei Asbestpartikel über die Atemluft aufnehmen. Auch wenn Herr Knor im Einvernehmen mit dem Gewerbeaufsichtsamt von einer geringen gesundheitlichen Gefährdung ausgeht, ist diese damit jedoch nicht ausgeschlossen.

Asbest kann die Lunge, die Pleura oder beides schädigen. Asbesterkrankungen werden durch die Inhalation von Asbestfasern verursacht. Jetzt stehen die Dienstherren der Bremer Feuerwehr und der Bremer Polizei nach dem Beamtenengesetz in ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den vor Ort eingesetzten Einsatzkräften.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. für alle am Brandherd eingesetzten Einsatzkräfte unverzüglich Dienstunfälle über deren jeweilige Dienstunfallfürsorgeabteilung anzuerkennen, damit alle Kosten von medizinischen Untersuchungen und möglichen Folgebehandlungen der betroffenen Einsatzkräfte durch deren Dienstherrn zu 100 Prozent getragen werden.
2. dringlichst alle Einsatzfahrzeuge der Polizei mit Einwegatemschutzmasken zur Prävention gegen Asbestpartikel für etwaige Brandkatastrophen/Großbrände auszurüsten.
3. allen Einsatzkräften als Anerkennung für den gefährlichen und erfolgreichen Einsatz zwei Tage Sonderurlaub zu gewähren.

Peter Beck (AfD)